

# Wirtschaftspolitische Alternativen – und warum sie keinen Anklang finden

Heinz Steinert

## I. Umstrittene Interpretationen der Krise

Die Krise hat uns für eine kurze Zeit Ende 2008/ Anfang 2009 immerhin den Anblick von Ökonomen beschert, die öffentlich eingestehen mussten, sie seien ratlos und wüssten auch nicht, wie das gekommen sei und wie alles weitergehen soll. Es gebe nämlich keine Rechenmodelle für einen plötzlichen Bruch des Trends.

Wenig später trat die Fraktion der Keynesianer mit neuem Selbstbewusstsein nach vorne und griff dieses Eingeständnis als Scheitern der Neoliberalen auf: Jetzt seien *sie* wieder an der Reihe, die Regierungen wirtschaftspolitisch zu beraten. Das wurde abgewehrt. Gelegentlich wurden sogar von Politikern oder Journalisten die Summen, die zur Rettung der Banken bereitgestellt wurden, als »keynesianische Maßnahme« zu verkaufen versucht. Das ist natürlich ein völliger Missbrauch der Bezeichnung: Direkte Subventionen der Wirtschaft haben mit keynesianischer Intervention, dem Stützen der Nachfrage über Erhöhung der Kaufkraft aus Einkünften, die nicht in Löhnen aus der Produktion von Waren bestehen, nichts zu tun.

Heute kann man feststellen, dass die neoliberalen Glaubenssätze sich erstaunlich schnell wieder durchgesetzt haben. Im konservativen Extrem der USA wird das ohnehin nicht als Krise des Kapitalismus gedeutet, sondern als eine des regulierenden Staates, der mit zu viel und zu billigem Geld die Spekulation angeheizt habe. Daher ist und bleibt »mehr Markt« die Lösung. In Europa müssen sich die Staaten intern zurücknehmen, weil sie so viel Geld in die Rettung der Banken stecken mussten und müssen: Seit aus der »Griechenland-Krise« eine »Euro-Krise« gemacht und diese mit neuerlichen Großsubventionen für die Banken bearbeitet wurde, die ihre im Wert gesunkenen griechischen, irischen, spanischen usw. Staatsanleihen aus den Bilanzen bringen mussten, ist staatliches Sparen nicht nur in den PIIGS-Staaten, sondern in ganz Europa zwingend angesagt. Das sei nötig, um das Vertrauen »der Märkte« wiederzugewinnen. Das Trommeln der Keynesianer, unter ihnen lautstark Paul Krugman in der *NYTimes*, für eine Erhöhung der Staatsausgaben beeindruckt niemanden mehr. Es dokumentiert aber immerhin die Existenz von zwei entgegengesetzten ökonomischen Glaubenssystemen, zwischen denen es selbst dann keine wirksame Entscheidung gibt, wenn eines davon spektakulär versagt hat.

Nicht einmal die sehr respektablen Keynesianer, unter ihnen Notenbankchefs, ehemalige Mitglieder des IWF und Nobelpreisträger, konnten sich wirksam Gehör verschaffen. Ungebrochen ist das Ziel Wirtschaftswachstum, eine »starke« Währung und ein möglichst großes BIP. Begründet wird das alles (auch) mit den Arbeitsplätzen, aber es macht nichts aus, wenn man das damit relativiert, dass es die erst später geben wird, nach den Profiten. Erhöhung der Einkünfte in den unteren Bereichen

der Gesellschaft ist, bei allem Gerede von Gerechtigkeit, kein vorrangiges Ziel geworden. Die Offensive der Wirtschaft auf die anderen Bereiche der Gesellschaft und dann noch besonders die Offensive der Reichen, als die wir Neoliberalismus auch verstehen können, ist keineswegs beendet. Warum sollte sie auch? Die Papierverluste, die in der Krise die Reichen getroffen haben, müssen kompensiert werden. Im Gegensatz zu den Realverlusten der Ärmeren können sie auch kompensiert werden. Die Dominanz der Wirtschaft in der Gesellschaft ist durch die Krise eher verstärkt als zurückgedrängt worden.

Im folgenden sollen die wichtigsten Dimensionen der Definition der Krise und des Umgangs mit ihr behandelt werden, durch die das neoliberale Verständnis von Wirtschaft intakt gehalten und eher noch verstärkt wurde. Ich stütze mich dabei auf eine Analyse der Metaphern und Denkmodelle, die in der medialen Darstellung der Krise seit 2007 in Deutschland und Österreich verwendet wurden. Sie ist in zwei Teilen in [www.links-netz.de](http://www.links-netz.de) (2010) nachzulesen.

### 1. Der unscharfe Keynesianismus

Die keynesianische Alternative ist zunächst ohnehin auf Rettung des Kapitalismus gerichtet, berührt also die vorausgesetzten Selbstverständlichkeiten auch der neoliberalen Produktionsweise kaum oder kann mit geringen Verdrehungen öffentlichkeitswirksam dafür vereinnahmt werden. Oft wird und wurde diesmal auch von Keynesianern abstrakt nur davon gesprochen, dass der Staat mehr Einfluss haben oder aktiver intervenieren solle. Bei der Ungenauigkeit öffentlicher Diskussionen bestand aber der Eindruck, die staatlichen Interventionen seien ohnehin massiv gewesen und hätten in unerhörten Summen bestanden. Dazu gab es Konjunkturstützungen, inklusive Kurzarbeit, in Europa wurde die Sozialpolitik als »eingebauter Keynesianismus« deklariert – was auch nicht ganz falsch, nur die Subsumtion der Sozial- unter die Wirtschaftspolitik ist. Es wurde also zum Teil ohnehin keynesianisch reagiert und dazu konnte man den Eindruck haben, so viel an Staatsintervention hätte es schon lang nicht mehr gegeben. Bei hinreichend ungenauer Betrachtung konnte also die keynesianische Forderung nach noch mehr staatlicher Intervention als doch etwas übertrieben erscheinen.

Und hinreichend ungenau und vor allem metaphorisch war die öffentliche Darstellung gewiss: Die Krise wurde im ersten Teil als Krankheit und Seuche dargestellt, die durch ärztliche Maßnahmen eingedämmt werden musste, wenn nicht der gesamte Organismus sterben sollte. Daher musste »das System« vor dem Zusammenbruch »gerettet« werden. Wäre sie als das gesehen worden, was sie war, nämlich Überproduktion im Finanzsektor, hätte sich die Notwendigkeit von Kapitalvernichtung, also von Konkursen im Finanzgewerbe ergeben. Deren Kosten aber wollten die Banken nicht tragen. Sie schafften es mit Hilfe der Krisen-Metapher und der daraus abgeleiteten Notwendigkeit, das »System« zu stabilisieren, erfolgreich, diese Kosten auf die Allgemeinheit abzuwälzen.

Das war, nebenbei bemerkt, kein wirklich außergewöhnliches Ereignis. Außergewöhnlich war nur die auf ein Mal und daher sichtbar benötigte große Summe. Sonst verteilt sich diese Sozialisierung, also genauer: Verstaatlichung der Kosten über Subventionen, Exportgarantien, Abschreibungen und Infrastrukturleistungen für die Wirtschaft kontinuierlich und unauffällig über die Zeit und ist allen eine selbstverständliche Staatsaufgabe.

Um die Position wirklich deutlich zu machen, hätten die keynesianischen Forderungen spezifischer sein müssen. »Sicherung von Arbeitsplätzen« und »Ankurbeln der Konjunktur« ist zu ungenau und kann – ebenso wie eine »Verschrottungsprämie« – als Subvention der Wirtschaft gestaltet werden. Das hat dann mit Stützung der Kaufkraft durch Infrastruktur-Projekte und die zugehörigen Arbeitsplätze wenig bis nichts zu tun. Hingegen hätte – um nur ein, allerdings zentrales Beispiel zu bemühen – in den USA die Schuldenkrise bei den Eigenheimen statt auf der Ebene der Banken auf der der Schuldner angegangen werden können – durch Rückzahlungsmoratorien bis hin zu Zinsen- oder gar Schuldenerlass und staatliche Beiträge und Garantien dafür. Stattdessen hat man es vorgezogen, den Banken, die ihre Kredite nicht mehr einbringen konnten, die Bilanzen retten zu helfen. Statt die Konsumenten zu unterstützen, hat die staatliche Wirtschaftspolitik die Betriebe subventioniert. Es genügt also nicht, abstrakt Staatsausgaben zu verlangen, man muss schon genau sagen, was gemeint ist. Sonst werden daraus Subventionen für die Wirtschaft.

## 2. Bock als Gärtner

Die »große« Wirtschaftspolitik hat in der aktuellen Krise unübersehbar vorgeführt, dass der Staat mit seinen gewaltigen Mitteln ein Teil der Wirtschaft ist und keineswegs in Gegensatz zu ihr steht. Diese Mittel wurden fast selbstverständlich dafür in Dienst genommen, die Schäden, die das Finanzsystem anderen wie sich selbst zugefügt hatte, zu kompensieren. Die Fachleute, die herangezogen wurden, geeignete Maßnahmen in der Krise zu entwickeln, waren selbstverständlich Banker. Selbstverständlich galten und gelten dieselben Leute, die für die angerichteten Schäden verantwortlich waren, als die Fachleute, auf deren Expertise man sich im Entwurf von Rettungsmaßnahmen verließ. (In Deutschland trat Josef Ackermann, der Chef der Deutschen Bank, sowohl als der öffentliche Interpret der Krise, als auch als Regierungsberater auf. Erst später sagte er selbst, dass es natürlich seine Aufgabe sei, die Interessen der Banken zu vertreten.)

Selbst wenn einer das gewollt hätte, war wohl kein Politiker stark und selbstbewusst genug, um in der Krise etwas zu tun, das die Bank-Fachleute, und das waren und sind die Chefs der großen Banken, nicht mitgetragen hätten. Kein Wirtschaftsfachmann aus einer Universität oder einem Think-tank hätte genügend Autorität gehabt, um eine Maßnahme gegen den Willen der Bankfachleute durchzusetzen. Tatsächlich wurden also die Maßnahmen der staatlichen Krisenbewältigung von Lobbyisten der Finanzindustrie entworfen. Konkurse hätten bedeutet, dass die Industrie die entstandenen Schäden zum Teil selbst finanziert hätte. Das hat sie abgewendet, indem sie dafür sorgte, dass mit Steuermitteln das System gerettet wurde – und das in beiden Phasen der Krise, sowohl in der Finanzkrise 2007/08, als auch in der Währungskrise 2009/10.

## 3. Der Sparzwang

In der zweiten Phase der Krise 2009/10 trat eine neue Metapher auf: »die nervösen Märkte«, die wahlweise die Staatsanleihen ausgewählter Länder angriffen oder sich nur vorsichtig zurückzogen und so Währungs- und Staatskrisen herbeiführten. Erklärt wurde so, dass neuerliche Rettungsaktionen, angeblich der betroffenen Länder und über sie des Euro notwendig waren. Tatsächlich ging es wieder um die Banken, die mit den im Wert gesunkenen Staatsanleihen in ihren Bilanzen fertig werden

mussten und diesen Verlust nicht gern abschreiben wollten. Lieber sollte er wieder von der Allgemeinheit getragen werden.

Mit »den Märkten« für Staatsanleihen, die beruhigt werden mussten, trat das alte keynesianische Problem wieder auf, dass diese Politik als eine des Schuldenmachens und daher als etwas unseriös dargestellt werden kann. In der metaphorischen öffentlichen Begrifflichkeit wird der Staatshaushalt in Analogie zum privaten Haushalt verstanden – und da sind in Europa zu viel Schulden bedrohlich. »Die Märkte«, die Griechenland und die anderen PIIGS zwingen, für ihre Anleihen hohe Zinsen zu versprechen, konnten nur wieder Vertrauen gewinnen, indem diese Staaten rigorose Sparprogramme anwarfen und Hilfe von der EU bekamen. Damit war – wieder auf Kosten der Steuerzahler – der Staatsbankrott abgewendet und auch für die Zukunft unwahrscheinlicher. »Die Märkte« mussten nicht fürchten, im Konkurs an den Verlusten beteiligt zu werden. Es wurde sehr schnell sichtbar, dass zumindest ein beachtlicher Teil der »Märkte« die europäischen Banken waren, die griechische (irische, spanische, portugiesische ...) Staatsanleihen hielten und einen Verlust von deren Buchwert in ihren Bilanzen verkraften mussten. Insofern war die »Rettung des Euro«, wenn nicht die »Rettung Griechenlands«, auch eine Aktion, um den europäischen Banken diese Verluste zu ersparen. (Indem die Europäische Zentralbank griechische Staatsanleihen in großen Mengen ankauft, eröffnen sich dazu neue Möglichkeiten der Spekulation damit.)

Jedenfalls hat diese Währungskrise in Europa jegliche weitere keynesianische Politik unplausibel gemacht – jetzt muss gespart werden. Wirtschaftspolitik reduziert sich damit auf eine negative Verteilungsfrage: Bei wem wird gespart? In Österreich ist eine »Bankenabgabe« die große Errungenschaft, mit der auch »oben« und bei den »Verursachern« abkassiert werden soll. Der Raiffeisen-Chef hat schon öffentlich angekündigt, dass diese Abgabe selbstverständlich in die Kalkulation eingehen und damit von den Kunden bezahlt werden wird. Politiker haben dazu angekündigt, sollten sie auf Absprachen der Banken draufkommen, werde man energisch einschreiten. Aber braucht man Absprachen?

#### **4. Eine umfassende Krise**

Wer eine radikalere Position als die keynesianische gewinnen wollte, musste die Krise umfassender verstehen. Dabei kann es einerseits um einen völlig verrotteten Kapitalismus, getrieben von Gier, Korruption und Glücksspiel gehen. Dem steht dann die »Realwirtschaft« gegenüber, in der wirklich etwas produziert wird – und wer über etwas Geschichtsbewusstsein verfügt, tut sich schwer, dabei nicht an die Unterscheidung zwischen »raffendem« und »schaffendem« Kapital zu denken. Folgerungen ergeben sich daraus nicht zwingend.

In anderen linken Interpretationen wird die Krisendefinition ausgeweitet auf die »Klimakatastrophe« und auf den Hunger in der Welt, die dann beide auf Kapitalismus und genauer auf den »finanzmarktgetriebenen« Kapitalismus zurückgeführt werden müssen. Das ist schon zu schaffen, zumal wenn man mit den zeitlichen Verhältnissen ein wenig großzügig ist. Damit nähern wir uns der alten marxistischen Annahme, dass es irgendwann eine Endkrise des Kapitalismus gibt, in der die private Verfügung über die Produktionsmittel »hinweggefegt« wird. Das Problem ist freilich schon seit hundert Jahren, dass diese Endkrise nicht eintreten will, sondern dass alle die zahlreichen Krisen bewältigt wurden und gelegentlich sogar zu Erneuerungen

der Produktionsweise geführt haben. Das übliche Manöver in dieser Peinlichkeit ist die Verlagerung des Zusammenbruchs in die nahe oder nicht so nahe Zukunft. Da der Glaube an Revolution und Sozialismus nicht mehr so verbreitet ist, sind die Folgerungen daraus unklar.

Außer bei einer kleinen Theoriefraktion findet diese Art von Analyse auch nicht so viel Anklang. Die Hoffnungen auf einen Zusammenbruch des Kapitalismus werden in der Bevölkerung durchaus überlagert von den Ängsten davor: Schon etwas vom Sparsbuch verlieren zu können, macht genug Unruhe. Man mag sich gar nicht vorstellen, was hierzulande geschehen wäre, hätten die Leute wie in den USA massenhaft ihre Eigenheime verloren. (Und man fragt sich, wieso das in den USA ohne größere Aufstände hingenommen – und »nur« mit dem Wiedererstarken des konservativsten Flügels der Republikaner beantwortet wurde.) Zusammenbrüche und völlige Neuanfänge sind nicht besonders populär, schon gar nicht bei denen, die 1989ff dergleichen erlebt haben.

Die Aufgabe besteht daher darin, die Selbstverständlichkeiten des Kapitalismus fragwürdig zu machen – der Wissenschaft, den Regierungen, verschiedenen Positionen in der Bevölkerung, sicher vorrangig solchen, in denen gesellschaftlich relevante Projekte initiiert werden können. Wir sollten dabei nicht zu sehr auf ein (wie immer imaginäres) Proletariat schielen: Das erreichen wir so wenig wie die Herrschenden. Wenn es gelingt, die Wissenschaft in ihrer konservativen Orthodoxie nicht allein und in Ruhe zu lassen, die universitär Gebildeten zu beunruhigen und mit relevanten Bewegungen in Kontakt zu bleiben, ist schon alles erreicht, was Leute, die so reden und schreiben, wie im *Kurswechsel* geschrieben wird, billig erwarten können.

## II. Chancen der Krise? Alternativen

Im Gegensatz zu der gewissen Krisenfreudigkeit der Linken spricht die historische Erfahrung eher dagegen, dass es besondere »Chancen der Krise« für eine Veränderung des Kapitalismus gibt. Schlechte Zeiten und Ängste machen uns defensiv: Sie sollen überwunden werden, indem der Zustand davor wieder hergestellt wird. Viele sind in einer Krise sogar bereit, zurückzustecken, sich besonders anzustrengen oder auf einige Zeit »den Gürtel enger zu schnallen« und auf Gewohntes oder gar Forderungen zu verzichten. Deshalb ist das Ausrufen von Krisen in der strukturell populistischen Politik zu einem beliebten (und fast schon überstrapazierten) Manöver gerade der Regierenden geworden. Mit Krisen des Sozialsystems und der Altersversorgung leben wir dementsprechend schon ziemlich lange. Viele sind dadurch selbstverständlich darauf eingestimmt, dass es demnächst oder irgendwann Kürzungen der Leistungen geben muss. Alles spricht dafür: Die Krise ist kein guter Zeitpunkt für grundlegende Reformen.

Aus der Verteidigung der Besitzstände entsteht nicht die neue Gesellschaft. (Oder wenn doch, dann möchte man da nach den historischen Beispielen in Europa und anderswo möglichst nicht dabeisein.) Sie entsteht, wenn die Leute anders leben wollen und dafür auch die Möglichkeit sehen – die beiden hängen eng zusammen, daher kann es auch umgekehrt gehen: Wenn man eine Möglichkeit dazu sieht, möchte man anders leben. Der Wunsch, anders zu leben, mit weniger Lohnarbeit, friedlicher, freundlicher, weniger konkurrenz, ohne irreversible Zerstörungen anzurichten, war ein entscheidender Antrieb für die sozialen Bewegungen (soweit sie nicht rein defen-

siv waren) seit den 1960ern. Das ist auch kein Wunder: Unser Waren-Wohlstand besteht darin, dass wir uns für den Kauf einiger besonders teurer Waren in lebenslanger Lohnarbeit aufreiben. Diese Waren sind Wohnen (30%), Transport (15%) und Unterhaltung/Freizeit/Urlaub (20%). (Ernährung macht in Österreich im Durchschnitt 13% der monatlichen Haushaltsausgaben aus, Bekleidung 6% – Bildung übrigens 0,8%. In verschiedenen Einkommensschichten, besonders aber in verschiedenen Phasen des Lebenslaufs verschiebt sich das natürlich.) Man kann es auch so sagen: Wir verkaufen unsere Lohnarbeitskraft für den Erhalt eines Automobils, den Kauf oder die Miete eines Hauses oder einer Wohnung und deren Ausstattung, teure Sportarten und den jährlichen Sonnenbrand am Strand. Wir verkaufen uns für diese Waren so gründlich, dass uns die Zeit für die guten Dinge des Alltagslebens (die alle Müße brauchen) und selbst für die notwendigen Haus- und Pflegearbeiten, geschweige denn für die Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft abhanden kommt. Ein anderes, besseres Leben beruht auf einer anderen Art von Wohlstand – für den die nach kapitalistischen Maßstäben Reichen kein Vorbild sind. Man kann es sogar als hoffnungsvoll verrechnen, dass auch die Reichen im Neoliberalismus nicht besonders gut leben, in bestimmten Phasen ihrer Karrieren sogar besonders schlecht. Auch unter ihnen wollen viele anders leben (Die Fantasie vom schnellen großen Geld, mit dem man sich ab fünfunddreißig zu einem Guru im Himalaya oder in eine paradiesische Landschaft zurückziehen wird, ist verbreitet.).

Für die Ökonomie relevant ergibt sich:

Der Reichtum der Nationen, wie er im BIP gemessen wird, ist eine Irreführung und eine Illusion. Es gibt seit Jahrzehnten eine extensive Forschung zu anderen Sozialindikatoren. Erst 2009 hat die Stiglitz-Kommission in Frankreich Empfehlungen für eine Korrektur der Wohlstandsmessung erarbeitet. Wenn wir die Selbstverständlichkeiten des Kapitalismus überwinden wollen, ist ein anderes Verständnis von Wohlstand – und dementsprechend Kritik der herrschenden, nicht zuletzt in der Wissenschaft der Ökonomie festgeschriebenen Fehlkonstruktionen davon nötig. Der Wohlstand ist nicht primär von Waren, sondern davon abhängig, ob eine gute soziale Infrastruktur besteht.

Damit verbunden ist unser einseitiges Verständnis von »Arbeit«, reduziert auf Lohnarbeit, und die Suggestion, wir lebten von dem Lohn, der dabei herüberwächst. Tatsächlich können wir von Geld nicht abbeißen und auch die Waren, die wir damit kaufen (und schon das ist Arbeit), müssen erst in »Lebensmittel« umgearbeitet werden. Wir leben von Hausarbeit und Gemeindefarbeit, für die wir die Zeit und die Ressourcen brauchen – und nur ein Teil davon ist als Waren a) überhaupt verfü- und b) für alle leistbar. Hier hat seinerzeit die Frauenbewegung einiges in Frage gestellt, inzwischen ist der »gerechte« Lohn für Frauen in den Vordergrund gerückt und die Gemeinde- und Hausarbeit wieder in die »Freizeit« verschoben worden. Eine Kritik des Wert-Begriffs der Ökonomie, in dem Gemeinde- und Hausarbeit »wertlos« ist, wäre dringend nötig. (Zu dieser Kritik gehört es auch, die falsche Gegenüberstellung von »Arbeit« und »Freizeit« aufzulösen, das sei hier nur angemerkt.)

Aus beiden genannten Punkten ergibt sich die Länge des Lohnarbeitstages als Thema. Neoliberalismus zeichnet sich dadurch aus, dass ganz konventionell gemessene Zuwächse an Produktivität und Ausmaß der Lohnarbeit entkoppelt wurden. Im Fordismus des 1960er Jahre war noch klar, dass Produktivität dazu diente, das

Ausmaß der Arbeit zu verringern. Im Neoliberalismus geschieht das durch die Erzeugung von Arbeitslosigkeit, während bei den Beschäftigten das Ausmaß der Erwerbsarbeit eher erhöht wird. Daran kann man arbeiten, indem man die Bedeutung von »Arbeitslosigkeit« verändert – als Zeit, in der man sich den wirklich notwendigen Arbeiten widmen kann, und indem auf allgemeine Verkürzungen der Lohnarbeitszeit hingewirkt wird. Hier gab es übrigens wirklich eine »Chance der Krise«, nämlich die Kurzarbeit, in der Erfahrung damit entstand, dass kürzer zu arbeiten auch Vorteile haben kann. Auf Untersuchungen dazu, wie diese Erfahrung kurz- und mittelfristig wirkte, kann man gespannt sein.

Offensichtlich ist auch, dass für den recht verstandenen Wohlstand das Ausmaß der sozialen Ungleichheit entscheidend ist. Die ist aber bekanntlich im Neoliberalismus enorm angestiegen. Trotz vieler Jahre an politischer Aufmerksamkeit dafür ist es nicht gelungen, diese Ungleichheit zu reduzieren, eher im Gegenteil. Die Reichen verfügen eben definitionsgemäß über die Mittel, politische Maßnahmen zu ihrem Nachteil zu verhindern und solche zu ihrem Vorteil durchzusetzen. Mit Appellen an Moral und Gerechtigkeit ist da nicht viel zu machen. Die Offensive der Reichen, in der Neoliberalismus besteht, hat die politische Klasse und die Struktur von Politik so verändert, dass seit Thatcher und Reagan politisch die Vorbedingungen für diese Bereicherung hergestellt werden. Hier kann man nur auf Widersprüche innerhalb der Schicht der Reichen hoffen und ansonsten das Bewusstsein weniger eines Skandals, als einer Illusion aufrecht erhalten.

Interessanter ist es, die Verbindung der Wirtschaft mit der Gesellschaft zu betonen, sich entsprechend auf Klein- und Mittelbetriebe zu konzentrieren und Projekte in diesem Bereich ernst zu nehmen. Die Konzerne sind im 20. Jahrhundert zu Geldmach-Maschinen umgebaut worden, die – durch »Globalisierung« verstärkt – keine Beziehung zu einer lokalen Gesellschaft haben, sie auch nicht brauchen. Aber Gesellschaft geschieht lokal und dazu gehören auch Projekte der lokalen Wirtschaft. Das sind unterschiedlich »alternative« Projekte, von der Selbstversorgung und der solidarischen Ökonomie über Genossenschaft und andere Formen der Selbstorganisation und Beteiligung bis zu konventionellen Geschäften mit einer Orientierung auf Nützlichkeit des Produkts oder Dienstes. Dieser große Bereich der Wirtschaft, der bereits sozial und ökologisch »embedded« funktioniert, verdient alle Aufmerksamkeit.

Gesellschaft verändert sich, indem viele Leute anders leben wollen und Möglichkeiten dazu sehen. Was daran hindert, sind die Selbstverständlichkeiten des Kapitalismus: eingeengte Begriffe von Arbeit, Reichtum und Wachstum. Dem stehen die Alternativen der Beschäftigung mit den Notwendigkeiten und den guten Dingen des Lebens, des gemeinsamen guten Lebens und eines Fortschritts zu Freiheit der Lebensweisen gegenüber.